

12. III. 1917

12
66**Sitzung des Verbandes Groß-Berlin.****Verkehrssteuern und Siedlungspolitik.**

Die heutige Vollversammlung des Zweckverbandes, die im Berliner Rathause unter Vorsitz von Oberbürgermeister Bermuth stattfand, brachte zwei bemerkenswerte Aussprüche über die Belastung des Groß-Berliner Verkehrs durch die Reichsverkehrssteuer und über die Siedlungspolitik des preussischen Fiskus.

Die Sitzung wurde kurz nach 10 Uhr durch Oberbürgermeister Bermuth eröffnet und zwar mit einem ehrenvollen Nachruf auf den kürzlich verstorbenen Berliner Stadtrat Benck, der auch Mitglied der Verbandversammlung war.

Die Besprechung des Haushaltsplanes, dessen Hauptpunkte wir bereits mitteilten, gibt dem Verbandsmitglied Kommerzienrat Haberlandt Anlaß zu einem Antrage gegen die Belastung Groß-Berlins durch die Reichsverkehrssteuer, den er eingehend begründete. In der Aussprache, an der sich Justizrat Sonnensfeld, Verbandsdirektor Dr. Steiniger und Bürgermeister Dr. Reiche beteiligten, wurde darauf hingewiesen, daß dieselben Ziele schon durch die Denkschrift des Verbandsdirektors über die Verkehrssteuer verfolgt werden. Aus den Ausführungen des Verbandsdirektors hierzu sei hervorzuheben, daß ihm bekannt geworden ist, daß die Straßenbahnen von der Reichsverkehrssteuer freizustellen sind. Leider werden sich aber Stadt- und Ring- und Vorortbahnen nicht der gleichen Günstigkeit erfreuen, was aber dringend notwendig ist, weil sie für alle Berufskreise von derselben großen Wichtigkeit sind wie die Straßenbahnen. Schließlich wird der Antrag in folgender abgeänderter Form mit allen gegen eine Stimme angenommen:

Die Versammlung spricht unter Zustimmung zu der Denkschrift des Verbandsdirektors ihre Ansicht dahin aus, daß die Groß-Berliner Verkehrsmittel, und zwar sowohl die Straßen-, wie Hoch- und Untergrundbahnen als auch die Ring- und Vorortbahnen und Omnibusse von jeder Verkehrssteuer freigelassen werden.

Die bekannte Vorlage betreffend die

„hausliche Erschließung fiskalischer Ländereien“.

die der Versammlung zur Kenntnis vorlag, gab Gelegenheit zu einer gründlichen Aussprache über die Risiken im Groß-Berliner Siedlungswesen. Anlaß dazu gab die Bebauung der Kolonie Dahlem, die dem Fiskus den Vorwurf eingebracht hat, er wolle in Dahlem eine „Millionärskolonie“ gründen, so daß für weniger bemittelte Leute dort kein Raum sei. Dazu begründete Stadtv. Heimann in längeren Ausführungen folgenden von zahlreichen Mitgliedern unterzeichneten Antrag: „Die Verbandversammlung ersucht den Verbandsausschuß, die Verhandlungen mit erhöhtem Nachdruck fortzusetzen und ihr binnen 6 Monaten erneut Bericht zu erstatten.“

Unter Hinweis auf die frühere Kritik der vom Fiskus befolgten Grundsätze bei der Erschließung von Ländereien, insbesondere in Dahlem, führte der Antragsteller aus, daß seit der damaligen Besprechung keine Besserung eingetreten sei, sondern eher eine Verschärfung. In Dahlem seien zu außerordentlich hohen Preisen (35 M. das Geviertm.) Grundstücke verkauft worden. Dem Landwirtschaftsministerium scheint allein daran zu liegen, viel Geld herauszuschlagen. Ernstlich werde überhaupt nur da aufgeschossen, wo auf Zuzug reicher Leute zu rechnen ist. Die Kolonien für Minderbemittelte sind auf dem Papier auf Orte gewiesen, wo sich die Früchte gute Nacht sagen. Nach dem Kriege ist eine Kleinwohnungsnot zu erwarten. Will der Staat alledem mit verschränkten Armen zusehen? Die Versammlung muß da einen kräftigen Druck ausüben, namentlich auf das Landwirtschaftsministerium, damit wenigstens künftig nicht mehr allein der Selbsterwerb vor die Gesundheit der Bevölkerung gestellt wird. Man sollte sich ja am besten entschließen, Ländereien im großen Stil in Erbbaurecht zu vergeben. Der Verbandsdirektor möge darauf hinwirken, daß endlich Dahlem-Süd für die Kleinhausiedlung freigegeben wird, damit die unsoziale Uebung: Kolonien für Reiche und Arme, verlassen werde. Gegen diese Vorwürfe erhob der

Oberpräsident v. d. Schulenburg

namens der Regierung Einspruch in sehr erfreulichen Ausführungen, die für die Ausgestaltung des Siedlungswesens in Groß-Berlin Gutes erwarten lassen. Die Bauordnungen von 1880 wurden erlassen, weil noch kein besserer Weg bekannt war. Daß sie nicht den heutigen Bedürfnissen entsprechen, sei unumwunden anzuerkennen. Sie waren ja nur erste Schritte auf einem neuen Gebiete und erfuhren zudem Widerstand von den Grundstücksbesitzern, von Gemeinden, ja auch im Parlamente. Die Staatsregierung ist bestrebt, ruhig und schrittweise vorwärts zu gehen. Der Oberpräsident verwies auf das, was er selber in dieser Richtung getan. Nur fiskalische Interessen, versicherte er, liegen uns durchaus fern. Die hier gegebenen Anregungen sind sehr wünschenswert, und binnen kürzester Zeit werden sie ihren praktischen Ausdruck finden. Alle diese Fragen sind nicht ins Stocken geraten, wie der Bericht noch annehmen konnte. Der Oberpräsident stellte neue Bauordnungen in Aussicht, mit denen sich die Versammlung schon in einiger Zeit wird beschäftigen können.

Die Regierung hat auch keineswegs die Augen geschlossen vor einer etwaigen kommenden Kleinwohnungsnot, die stellenweise allerdings zu erwarten sein wird. Aber es fehlen noch, ehe man zu durchgreifenden Maßregeln geht, sichere Unterlagen über den Umfang. Der Oberpräsident verwies dann auf die bekannte Zeitungsnotiz, wonach die Regierung das Kleinsiedlungswesen fördern werde. Die Notiz stammt aus dem Finanzministerium, das Siedlungsgesellschaften unter Beteiligung anderer Kreise gründen will. Mehrere hundert Hektar fiskalischer Geländes sollen dafür zur Verfügung gestellt werden. Selbstverständlich aber kann die Groß-Berliner Wohnungsfrage nicht allein vom Fiskus gelöst werden. — Die Staatsregierung stehe durchaus nicht auf dem Standpunkt des Zusehens und Abwartens. Die bereits angekündigte Siedlungsgesellschaft soll mit Beihilfe des Staates noch in diesem Sommer gegründet werden!

Diese Erklärungen des Oberpräsidenten wurden mit lebhafter Zustimmung aufgenommen. Justizrat Sonnensfeld erkannte an, daß die Widerstände nicht vom Finanzminister ausgehen, und wies dafür auf den Landwirtschaftsminister. Der Oberpräsident nahm jedoch ausdrücklich Gelegenheit, sich gegen den Eindruck zu wenden, als ob etwa der Landwirtschaftsminister gegen die Befriedigung des Finanzministers Widerstand über. Die Sorge, als ob die Regierung einseitige Arbeiter- und Reichs-Ansiedlungen begünstigen wolle, sei grundlos. — Kommerzienrat Haberlandt warnte davor, die Reformen etwa auf Kosten des Privatkapitals und des Hausbesitzes durchzuführen. Die öffentliche Bautätigkeit könne gar nicht dem Bedarf genügen, so daß das Privatkapital nicht ausgeschaltet werden dürfe. Syndikus Marekki-Wichtenberg stimmte dem Antrag Heimann im Interesse der östlichen Vororte zu. Stadtv. Hirsch-Charlottenburg erkannte das größere Entgegenkommen der Staatsregierung gegen Groß-Berlin an; sie müsse aber auch mit gutem Beispiel vorangehen.

Der Antrag Heimann wurde dann mit großer Mehrheit angenommen.

Nachdem noch einem Antrage zugestimmt wurde, die Stelle eines juristischen Oberbeamten für den Zweckverband

öffentlich auszuschreiben, und ein Ausschuß zur Vorbereitung der Wahl eingesetzt war, wurde die Sitzung geschlossen.